

Bericht aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 25. Januar 2018

Zur Sitzung war ein interessierter Bürger erschienen. Im 1. Tagesordnungspunkt (TOP) „Bürgerfragen“ wurden jedoch keine Fragen gestellt.

Im **zweiten TOP** wurden die **Bauvorhaben der Gemeinde** Neenstetten auf Flurstück-Nr. 466 in der Ulmer Straße beraten. Hier sollen sowohl der **Neubau des Feuerwehrgerätehauses**, als auch ein **Neubau des Bauhofgebäudes** mit Waschplatz, Grüngut- und Splittlager entstehen. Die Pläne wurden in früheren Gemeinderatsitzungen schon mit dem Bauplanungsamt des Verwaltungsverbandes detailliert besprochen. Die nun vorliegenden Pläne mussten aus baurechtlicher Sicht betrachtet werden. Der Vorsitzende erläuterte die Bauanträge. Wegen der Zufahrt im südlichen Bereich muss das im Bebauungsplan vorgeschriebene Pflanzgebot entfallen. Stattdessen muss an anderer Stelle ein Ausgleich geschaffen werden. Vorgeschlagen wurde die Ergänzung der Lindenallee entlang der Ulmer Straße auf eine Länge von 150 Metern. Hierfür muss noch der Grunderwerb getätigt werden. Der Gemeinderat erteilte einstimmig sein Einvernehmen zu den beiden Bauvorhaben und erteilte seine Zustimmung zur Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans Schrankenweg im Hinblick auf das Pflanzgebot.

Im **3.TOP** wurde der **Haushaltsplan 2018** beraten. Hierzu begrüßte der Vorsitzende den Geschäftsführer des Verwaltungsverbandes Herrn Hermann Schmid und Frau Margarete Bohner, welche neuerdings als Fachbeamtin für das Finanzwesen die Kämmerei des VVL stellvertretend leitet.

Frau Bohner erläuterte den Haushaltsplan ausführlich.

Wiederum sind in diesem Jahr hohe Investitionen geplant.

Pflichtaufgaben wie die Kanalsanierung erfordern einen Investitionsbedarf von rd. 100.000,- €. Bei der Breitbanderschließung möchte die Gemeinde 444.000,- € investieren. Als größte Investition ist der Neubau des Gemeindebauhofes mit 711.000,- € geplant. Außerdem wurden Mittel zur Beschaffung eines Kommunalfahrzeugs in Höhe von 60.000,- € vorgesehen. Finanziert werden soll dies aus der Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt in Höhe von rd. 90.000,- €, einer Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von rd. 370.000,- €. Außerdem wird eine Investitionshilfe aus dem Ausgleichstock in Höhe von 350.000,- € erwartet. Zudem ist jedoch eine Kreditaufnahme zum Ausgleich des Vermögenshaushalts in Höhe von 500.000,- € erforderlich.

Dies wird nach vielen Jahren Schuldenfreiheit zu einem Schuldenstand von einer halben Million Euro zum Jahresende führen.

Die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer wurden wie in den Vorjahren beibehalten.

Nach der ausführlichen Erläuterung des Haushaltsplans beschloss ihn der Gemeinderat einstimmig.

Nach der erforderlichen Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde wird der Haushaltsplan mit Haushaltssatzung zu einem späteren Zeitpunkt öffentlich bekannt gemacht.

Der Vorsitzende bedankte sich bei Frau Bohner für die sorgfältige Aufstellung und Erläuterung des Haushaltsplans.

Herr GF Schmid erläuterte im Anschluss die **Projekte die beim Verband im Jahr 2018 umgesetzt werden sollen**.

Zunächst ging er darauf ein, dass die Schulentwicklungsplanung weiter fortgeführt werden soll. Hierbei sollen die künftigen Schülerzahlen ermittelt werden, um die entsprechenden Raumkapazitäten planen zu können.

Weiterhin ging er auf die derzeit laufende Abwasserkonzeption ein. Nachdem die wasserrechtliche Erlaubnis der Kläranlagen Ende 2017 abgelaufen ist, hat das Landratsamt eine befristete Erlaubnis bis zum 31.12.2019 zugestimmt.

Ein weiteres Thema das den Verwaltungsverband Langenau 2018 beschäftigen wird ist das Entwicklungskonzept und die Fortführung des Flächennutzungsplans. Hierbei wird das in Auftrag gegebene Entwicklungskonzept vermutlich zeitnah abgeschlossen werden können, sodass eine Neuaufstellung des Flächennutzungsplans dann möglich ist.

Im Bereich der Kleinkindbetreuung erklärt Herr GF Schmid, dass mittlerweile ein starker Anstieg von Geburten zu verzeichnen ist und dadurch zusätzlich Kinderbetreuungsplätze notwendig werden. Diese werden sowohl im Krippenbereich wie auch im Ü3-Bereich erforderlich. Dies wird für die Kommunen zukünftig eine finanzielle Herausforderung im Bereich der Investitionen und Folgekosten. Ein weiteres Problem wird auch die Rekrutierung von Personal für diese Einrichtungen sein.

Nachdem der Breitbandausbau im Verwaltungsraum Langenau 2009/2010 begonnen wurde, wurde dieser 2015 aufgrund eines Förderprogramms des Landes Baden-Württemberg fortgesetzt. Hierbei wurden vor allem sämtliche Gewerbegebiete des VVL's zur Förderung beantragt. Weiterhin wurden auch der Anschluss von Schulen und sonstige Möglichkeiten ausgenutzt. Nach Aussage von Herrn Klenz wurden bisher rund 3.000.000 € an Investitionen ausgeschrieben. Er geht davon aus, dass im Jahr 2018 weitere 3.000.000 € ausgeschrieben werden.

Aufgrund dieser hohen Ausgaben will der Verwaltungsverband Langenau einen Betrieb gewerblicher Art gründen. Dabei soll vor allem die Möglichkeit geschaffen werden, dass im Rahmen der hohen Investitionen die Vorsteuer zurück erstattet werden kann. Im Umkehrschluss müssen die Einnahmen die aus der Pacht für dieses Breitbandnetz erzielt werden, entsprechend versteuert werden.

Ein großes Projekt wird die Umstellung zur Doppik sein. Nachdem das Land Baden-Württemberg beschlossen hat, dass bis 2020 sämtliche Kommunen ihren kameralen Haushalt auf einen doppischen Haushalt umgestellt haben müssen, wird der Verwaltungsverband Langenau mit seinen 21 Mandanten dies im Jahr 2018 vollziehen. Herr GF Schmid geht darauf ein, was sich zukünftig in der doppischen Haushaltsführung ändern wird. Er erwähnt, dass Ende 2018 geplant ist, sämtliche Gemeinderäte der Verbandskommunen mit diesem neuen Haushalt zu schulen.

Der Vorsitzende bedankte sich bei Herrn GF Schmid für die umfassende Vorstellung der anstehenden Aufgaben des Verwaltungsverbandes und würdigte auch die sehr gute Arbeit, welche die Geschäftsstelle des Verwaltungsverbandes Langenau mit seinen Mitarbeitern für unsere Gemeinde leistet.

Unter **TOP 4** gab der Vorsitzende bekannt, dass für die **Grüngutentsorgung** im vergangenen Jahr **5.414,15 €** **aufgewendet** werden musste.

Eine **nichtöffentliche Beratung** schloss sich an.

Martin Wiedenmann
Bürgermeister